



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1917

339 (24.7.1917) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-173364](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-173364)

gegenrevolutionären Anschlägen, ohne vor den strengsten Maßnahmen halt zu machen.

Gleichzeitig wird sie durch ihre äußere Politik von neuem bestätigt, daß die revolutionäre Armee nur in den Kampf ziehen kann mit der festen Überzeugung, daß nicht ein Tropfen Blutes eines russischen Soldaten vergossen wird für Ziele, die dem russischen Gefühl der Demokratie fremd sind, die sie offen vor der ganzen Welt als ihre Friedenslösung angeben haben. Zu diesem Zweck hat die Regierung in Ausführung der Grundzüge der äußeren Politik, die in der Erklärung vom 19. Mai dargelegt waren, die Absicht, die Alliierten zu einer Konferenz im August einzuladen, um eine allgemeine Orientierung der äußeren Politik der Alliierten festzustellen und um ihre Handlungen, betreffend die Anwendung der von der russischen Revolution verkündeten Grundsätze, in Einklang zu bringen. Auf dieser Konferenz wird Russland außer Diplomaten auch durch Vertreter der russischen Demokratie vertreten sein.

In Ausführung der Arbeit des staatlichen Wiederaufbaus wie auch anderer Geleiten auf den in der Erklärung vom 9. Mai ausgesprochenen Grundlagen hält es die Regierung für unerlässlich, sofort eine Reihe von Maßnahmen zu treffen, um diese Grundsätze in die Tat umzusetzen. Die Regierung wird alle Maßnahmen treffen, damit die Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung am dem festgesetzten Tage, dem 30. September, stattfinden und damit die vorbereitenden Maßnahmen zur Sicherung der Freiheit bei den Wahlen rechtzeitig durchgeführt werden. Möglichst schnelle Einführung der Selbstständigkeit der Gemeinden und Gewissens auf der Grundlage des allgemeinen, direkten, gleichen und geheimen Stimmrechts, sowie die Ausdehnung dieses Grundgesetzes auf das ganze Land, bilden die Hauptaufgaben der Regierung auf dem Gebiete der inneren Politik. Indem sie gleichzeitig besondere Wichtigkeit der Schaffung von örtlichen Organen beilegt, die das Vertrauen der ganzen Bevölkerung genießen, wird sich die Regierung auch an in der Frage der Einrichtung örtlicher Behörden an die Vertreter ökonomischer und sozialer Einrichtungen wenden, die gemeinsam eine Reihe von Provinzen zusammenfassende Selbstverwaltung bilden sollen.

In ihrem Bestreben, die Grundsätze bürgerlicher Gleichheit im Leben des Landes in die Praxis umzusetzen, wird die Regierung demnächst Anordnungen veröffentlichen, die die Klassen und Ränge der Beamten und die Auszeichnungen abschaffen, ausgenommen solche für militärische Verdienste.

Im gegen die wirtschaftliche Verwirrung kräftig anzukämpfen und um weitere Maßnahmen zum Schutze der Arbeit zu treffen, werden der wirtschaftliche Beirat und der wirtschaftliche Ausschuss bei der Regierung unter ihrer Arbeit beginnen, indem sie einen allgemeinen Plan der nationalen wirtschaftlichen Organisation der Arbeit ausarbeiten und einen Gesetzentwurf und Maßnahmen vorbereiten, die das wirtschaftliche Leben regeln. Auf dem Gebiete der Arbeiterpolitik werden unter anderem Gesetze über Arbeitszeiten und Schiedsgerichtssachen ausgearbeitet werden. Man ist dabei, Gesetze betreffend den achtstündigen Arbeitstag, den Schutz der Arbeit, die Einführung aller Arten sozialer Versicherung und ihre Ausdehnung auf jede nicht beschulte Arbeit ausgearbeitet.

Die Maßnahmen der Regierung in der Agrarfrage werden wie bisher bestimmt durch die Überzeugung, daß in Übereinstimmung mit den Grundforderungen unserer nationalen Wirtschaft und den wiederholten Wünschen der Bauern, sowie dem von allen demokratischen Parteien des Landes aufgestellten Programm die zukünftige Agrarreform ausgehen muß von dem Grundsatz der Überlieferung des Landes an die Arbeiter. Auf dieser Grundlage wird der Gesetzentwurf einer Agrarreform ausgearbeitet, der der verfassunggebenden Versammlung unterbreitet werden soll. Die Maßnahmen, die die Regierung unternimmt werden sind, werden sich beziehen: 1. auf die völlige Befreiung der früheren Agrarpolitik, die das Land vollständig gerichtet, 2. den vollen Schutz der Freiheit der verfassunggebenden Versammlung bei der Teilung des Landes und Bodens, 3. die Regelung der Bodenverhältnisse mit Rücksicht auf die Interessen der Landesverteidigung und der Ernährung des Landes mittels Ausdehnung und tiefer Vererbung eines Reizes von Agrarverhältnissen, 4. Vermittlung einer ähnlichen Gesetzgebung der Grundbesitzverhältnisse zur Befestigung der ersten Aufgabe, das darauf abzielt, die Landesverhältnisse zu befestigen und den Grundbesitz der Regierungsgesellschaft für die künftige Agrarreform entgegenzustellen.

Indem die Regierung diese Probleme aufstellt, hält sie sich für berechtigt, bei ihrer schweren und verantwortungsvollen Arbeit auf die Unterstützung aller lebendigen Kräfte des Landes zu bauen, und sie fordert von diesen das Opfer ihres gesamten Vermögens, sie selbst ihr Leben für das große Werk des Wohles des Landes, das mühsam, für die es den notwendigen Willen eine grausame Korbmanier zu sein, für das Land, das sich bewußt, sich auf der Grundlage vollkommener Freiheit und Gleichheit zu bereinigen.

Herr Kerenski hofft mit diesen radikalen Versprechungen der Anarchie im Innern Herr zu werden und den Kriegsmühen wieder zu beleben. Wahrscheinlich wird er durch diese echt demagogische Redegierigkeit gegen die extremsten Forderungen, die sich unmöglich in Zeit von einigen Monaten erfüllen lassen, die innere Ordnung nur fördern, die Forderung immer ärger machen durch Anfechtung der äußersten sozialen Begierde. Der Launen, in den er das Volk mit seinen Versprechungen hineinführt, ist nicht eben die beste feste Vorbereitung für die eiserne Zusammenfassung der nationalen Kräfte gegen den eingebrachten Feind.

Petersburg, 23. Juli. (M.Z.) Meldung der Petersburger Telegrammen-Agentur. In der Vormittags-Sitzung des Ministerrats wurde die Ministerkrise eine Teilschlichtung. Es wurde festgestellt, daß das Auseinandergehen der Ansichten über die Verhältnisse Russlands zur Republik hauptsächlich daher rührt, daß einige Ministerratsmitglieder die Veröffentlichung eines Gesetzes verlangen, der sofort erklärt, daß Russland ein republikanischer Staat ist, während die Erklärung, die jetzt über diese Frage ausgearbeitet wird, im Hinblick auf die Genehmigung durch die verfassunggebende Versammlung lediglich eine vorbereitende Maßnahme für die Verankerung der russischen Republik darstellt und die beabsichtigte Erklärung in keiner Weise in die Vorrechte der verfassunggebenden Versammlung eingreift. Alle Mitglieder der bestehenden Regierung wurden sich hierüber einig, ebenso wie die augenblickliche Unmöglichkeit, in dem schwierigen Augenblick der Bedrohung unserer Front die grundsätzliche Frage aufzuwerfen, nämlich, ob es nötig ist, die Duma und den Staatsrat aufzulösen oder nicht, da diese Frage für die Richtlinien des Handelns der Regierung keine ausschlaggebende Bedeutung hat.

Der Austritt des Ministerpräsidenten Lwow wurde hauptsächlich durch die Agrarfrage veranlaßt, in der ein unüberbrückbarer Gegensatz der Anschauungen zwischen ihm und den sozialistischen Ministern, namentlich dem Landwirtschaftsminister Tjchernow, bestand. Die vorläufige Regierung nahm Kenntnis von dem Austritt des Fürsten Lwow von seinen Ministern als Ministerpräsident und Minister des Innern und nahm den Austritt des Finanzministers Schingarew, des Verkehrsministers Kretzow, des Unterrichtsministers Renzilius, des Ministers für öffentliche Wohlfahrt, Fürsten Schadowoi und des Justizministers Perworski an und ernannte den Kriegs- und Marineminister Kerenski zum Ministerpräsidenten unter Beibehaltung des Portefeuilles des Kriegs- und der Marine; Kretzow wurde als Minister ohne Portefeuille mit der Vertretung Kerenskis als Ministerpräsident in dessen Abwesenheit betraut. Das Ministerium des Innern wurde Kretzow übergeben, der vorläufig das Amt des Postministers beibehält. Das Unterrichtsministerium wird wahrscheinlich dem gegenwärtigen Landwirtschaftsminister Tjchernow übertragen werden. Jedenfalls ist die Frage offen geblieben, ebenso

wie die Frage der Verteilung der übrigen Ämter für die nächste Sitzung des Ministerrats zurückgestellt.

Kopenhagen, 22. Juli. Die Nachrichten, die über Haparanda aus Petersburg kamen, schildern die ungeheure Erregung, die dort herrschte über die letzten gegenrevolutionären Begehrenheiten, die durch die Kunde von der Meuterei ganzer Regimenter an der Front noch gesteigert wurde. Man gebe jedoch erst in zweiter Linie den Soldaten die Schuld, daß sie dem Feind die Front geöffnet hätten. Die Hauptschuld sei im Munitionsmangel zu suchen. Trotz der großen Anschläge auf verschiedene Lager sei es zwar geglückt, durch monatelange Zufahren auf der sibirischen Bahn und der Straße Archangel-Bologda eine ausreichende Menge für eine Offensive anzuhäufen, aber der Nachschub habe völlig verlagert, da die russischen Arbeiter trotz der ihnen gewährten hohen Löhne es vorgezogen, auf der Straße zu politisieren, anstatt in der Fabrik ihre Pflicht zu erfüllen. Eine grenzenlose Wut richtete sich gegen die verurteilten Westmächte, welche das russische Heer zu der Offensive veranlaßt hätten, ohne dieses selbst an der Westfront zu entlasten. Die lang gediehene Einzelkämpfer habe in den letzten drei Wochen sich als illusorisch erwiesen.

M. Köln, 24. Juli. (Bris.-Tel.) Die „Königliche Volkszeitung“ meldet aus der Schweiz: Der St. Petersburger Korrespondent des „Corriere della Sera“ bemerkt, daß die Regierung nach ihren anfänglichen Siegen über die Russen die Sache auf den Grund gehen werde. Die Bolschewiki hätten bereits wieder Versammlungen ab und erklärt offen, demnächst den Kampf mit verdoppelter Macht wieder aufnehmen zu wollen. Die Matrosen der Kronstadt werden beschuldigt, die größte Zahl der Opfer unter der Bevölkerung von St. Petersburg auf dem Gewissen zu haben.

Vor neuen Schlachten im Westen.

Berlin, 24. Juli. (Von unserem Berliner Büro. In der „Königlichen Zeitung“ schreibt Hauptmann von Salzmanna:

Ein Volk, von dem man schon über tausend Tage lang behauptet, es sei am Ende seiner Kraft, vermochte sich trotzdem zu einem solchen Schlage zu erheben. Was unsere Feinde trotz vielfach gemachter Anstrengungen auf der Westfront noch nicht gelang, das brachte deutsche Tapferkeit gegenüber den besten Truppen, welche Russland überhaupt noch ins Feld zu stellen vermochte, fertig. Soll sich das unser Vertrauen mindern? Wir sehen voll freudiger Genugtuung nach dem Osten. Der Osten soll uns aber nicht bannen. Wir müssen gerade in diesen Tagen die Augen nach Westen zu offen halten. Dort testet England schon seit Wochen die uns aus vielen Offizieren der bekannte artillerische Vortrüb für einen gewaltigen Angriff, der vielleicht seine Vorgänger noch übertrifft wird. Bei Ypern allein standen gestern 40 Geschütze für Artillerie-Beobachtung am Himmel. Das und die stürmischen Fliegerangriffe lassen darauf schließen: der Tag ist herangerückt, an dem die Infanterieentscheidung um die Entscheidung beginnen wird. England will eine neue militärische Entscheidung suchen. Das ist Lloyd Georges Antwort auf unsere Friedensversicherung.

M. Köln, 24. Juli. (Bris.-Tel.) Die „Königliche Zeitung“ meldet von der Schweizerischen Grenze: In ihrem heutigen Kommentar zu den Kämpfen an der Westfront sagte die „Havas-Agentur“ u. a.: Die Schlacht am Chemin des Dames währt lebhaft fort. Die schwere Artillerie, die die Deutschen in der Gegend zu einer mächtigen Konzentration gebracht hat, beschleht die französischen Stellungen mit einer beispiellosen Heftigkeit. Die vom Feinde gestiegenen Kämpfe würden ohne Zweifel noch lange fortgesetzt werden. Vielleicht handle es sich sogar um den Beginn einer neuen Verdrängungskampagne.

Der ungebrochene Kriegswille Frankreichs.

Paris, 22. Juli. (M.Z.) (Mittags-) Senat. Fortsetzung. Clemenceau warf Malon vor, er sei gegen gewisse Feinde des Vaterlandes ungenügend eingeschritten. Malon erklärte, er bezweifle nicht, daß der Senat seine Politik, deren Ziel die Einigung aller Franzosen sei, billige. Die deutsche Politik sei die einzige, die zum Siege führen könne, denn sie stöße allen Teilen der Nation Vertrauen ein. Der Minister erklärte dann die persönlichen Verfolgungen gegen die Verfechter unbedingter Feindschaft auf und sagte, es hätten 121 Verurteilungen stattgefunden. Ministerpräsident Ribot trat für den Minister Malon ein, dessen Politik das Vertrauen der Arbeiterverbände genieße. Die Politik müsse ihre Wachsamkeit verdoppeln. Man befände sich einer Kampagne gegenüber, deren Hinterlist man nicht verkennen dürfe. Deutschland brauche den Frieden und wolle ihn mit allen Mitteln erreichen. Es sei eine Herausforderung, so sagen, daß es alle Anstrengungen machen werde, um ein Einverständnis der Nationen durch internationale Gerichtshöfe zu erzielen, nachdem es am Vorabend des Krieges jede Vermittlung abgewiesen. Ein dauerhafter Friede könne sich nicht auf der Willkür gründen, der eine bedingte Bedrohung sein würde. Die Pige, die sich zur Befestigung dieser Bedrohung gebildet habe, werde sich nicht auflösen. Wenn das Land aus Mäßigkeit den Frieden wolle, sei es nicht mehr wärzig, Frankreich zu sein. Man müsse diese heuchlerische Propaganda unter der Erde schaffen. Man müsse die Lage tatsächlich, aber ohne übermäßige Unruhe betrachten. Die Engländer würden ihren Teil an der Front ausbilden. Frankreich könne nicht besiegt werden, es müsse bis zum Tage des Sieges kämpfen und könne dies nur, wenn es einig sei. Ribot hat dann den ganzen Senat, für die Tagesordnung zu stimmen, damit das Land mehr Grund habe, auf den Sieg zu hoffen. Hierauf wurde, wie gemeldet, die Tagesordnung einstimmig angenommen.

Deutsche Antwort an Lloyd George.

In einem kräftigen und klaren Berliner Artikel nimmt die „Königliche Zeitung“ Stellung zur jüngsten Rede von Lloyd George. Sie stellt zunächst fest, wie der Zweck englischer Ministerreden immer der Wille sei, um den Preis der Wahrheit und sachlichen Möglichkeit einseitige Hörer mit der Auffassung zu erfüllen, daß es gut um die englische Sache stehen müsse. Auch die neueste Rede von Lloyd George sei unter diesem Gesichtspunkt zu beurteilen. Dann gibt der Artikel auf das klar unmissbare Belgien-Programm des Lloyd George, eine ebenso klare Antwort, die sehr willkommen zu heißen ist, und schreibt:

Die englischen Staatsmänner wissen genau, daß ihnen Belgien künftig nicht mehr als Stützpunkt, und Aufmarschgebiet dienen wird. Nichts bestimmter verurteilt Lloyd George seine Huxer und ebenso die Belgier in die Hoffnung hineinzuführen, daß der frühere Zustand wieder hergestellt werde. Getreu dem Grundsatz, wonach englische Ministerreden angefertigt werden, erzählt er, unheimlich um Tatsachen und sachliche Möglichkeiten, Belgien werde am Schluß des Krieges größer sein als je zuvor. Auf derselben Höhe steht die Behauptung, daß die verminderten Verluste und der vermehrte Schiffbau die Lücken füllen würden, die der U-Bootkrieg gerissen habe, und daß die englischen Bedenkenpunkte für 1918 geklärt seien, selbst wenn die Schiffverluste wachsen würden. Lloyd George ist durch die zahlreichen Versicherungen englischer Minister und führender englischer Tages- und Fachzeitungen selbst widerlegt, die sowohl die Schiffverluste, wie die Ernährungsfrage immer wieder als überaus ernst dargestellt haben. Lloyd Georges dreist zur Schau getragene Zuversicht ist aus gewichtigen englischen Zeugnissen längst widerlegt, und auch außerhalb Englands kann jeder Sachverständige nachrechnen, daß die auch nur annähernde Ausfüllung der Lücken im englischen

Schiffraum schon wegen der Material- und Arbeiterverhältnisse ein Ding der Unmöglichkeit ist. Über der Zwei- und Dreifach-Lösung, und so befreit sich Lloyd George von aller Lebensschwere der Tatsachen und der stillen Pflichten eines gewissenhaften Staatsmannes und stellt die Dinge dar, so wie er wünscht, daß die Massen sie glauben.

Wir begrüßen die Erklärung eines halbamtlichen Blattes über Belgien. Die Frankfurter Zeitung aber bezieht sich Herrn Lloyd George abermals über Belgien beruhigende Versicherungen zu geben. Sie legt die Rede des neuen Reichsanzlers nochmals in einem England durchaus günstigen Sinne aus, bekämpft sich abermals zur Wiederherstellung der vollen belgischen Selbstständigkeit und erklärt, Herr Lloyd George und die Engländer möchten es sich gelohnt sein lassen, wenn sie für die Freiheit Belgiens kämpfen, so sei ein Friede bald möglich. Im selben Augenblick, wo dieses lebenswichtige demokratische Anerkennen an Lloyd George geht, versichert ein halbamtlicher Brief, soweit es in deutscher Macht steht, wird Belgien nicht die Freiheit erlangen, die England für es fordert!

Im allgemeinen beurteilt die deutsche Presse die Rede Lloyd Georges übereinstimmend als einen Versuch, wie wir es gestern hier ausdrückten, die Nervosität in Deutschland zu verlängern und zu vertiefen. In einem Redaktionsartikel sagt die „Königliche Zeitung“ die Schöge über den U-Bootkrieg seien nur Taktik, mit ihnen wollen die Engländer die Stimmung in Deutschland herabdrücken und in England beruhigen. In manchen Organen der fortschrittlichen Volkspartei scheint man allerdings diese Zuversicht nicht zu teilen. Sie meinen, Lloyd Georges Ruhmredigkeit sei wohl in Rechnung zu stellen, aber ganz hinein in den Witz spreche er auch nicht. Unsere Fachmänner müssen nachsehen, daß ihre Berechnungen, nicht die belgischen Autoritäten noch immer mehr Vertrauen schenken als den belgischen Staatsmännern, und wollen uns für heute begnügen mit der Wiedergabe eines guten Satzes aus der „Königlichen Volkszeitung“, die zu diesem Kapitel schreibt: Unsere Zuversicht bezüglich des U-Bootkrieges gründet sich auf sorgsam geprüfte Tatsachen, denen wir mit größerem Rechte vertrauen können als die Engländer ihren Staatsmännern, die immer über „sichere Berechnungen“ anderer Leute höhnen, wo es doch keine Regierung gibt, die sich bei ihrem Eintritt in den Krieg und später öfter verrohet hat als die englische.

Der U-Boot-Krieg und das Völkerrecht.

Von Geh. Justizrat Professor Dr. Josef Kohler, Berlin.

Der gegenwärtige U-Boot-Krieg beruht auf dem Prinzip der Seeperrre und dieses Prinzip ist ebenso einfach wie sicher. Ein kriegsführender Staat ist stets berechtigt, einen Teil des feindlichen Seesgebietes zu besetzen und den Zu- und Abgang zu verhindern. Dieses Recht kann er natürlich auch dann ausüben, wenn das besetzte Gebiet einen Gürtel bildet, der rings um ein Gelände umfließt, von welchem aus feindliche Operationen fortzuführen pflegen, so die Belagerung einer belagerten Stadt, so aber vor allem auch die Seesperre eines Seesgebietes, indem man das Küstenland in die Gewalt nimmt und rings eine Sperre anbringt. Die Sperre kann insbesondere durch Minenlegung geschehen, ein Fall, der in der Haager Vereinbarung besonders vorgesehen ist. Dieser Minenlegungsfall ist aber gleich, wenn irgendwelche anderen Verhinderungsmittel in diesen Seesgebiet gebrauch werden, um den Zu- und Abgang zu verhindern; man kann, wenn es technisch möglich ist, einen elektrischen Strom in den Seesgebiet legen, welcher alles veranlaßt, was in seinen Bereich kommt; man kann auch solche Verhinderungsmittel anbringen, welche nicht durch bloße Verhinderung zur Entdeckung kommen, sondern erst durch einen ungewissen elektrischen Strom; man kann insbesondere auch Unterseeboote in den Seesgebiet legen, welche jedes ein- und auslaufende Schiff, das ihnen in den Weg kommt, vernichten.

Der Unterseebootkrieg ist daher berechtigt, ebenso berechtigt wie es wäre, wenn man an eine Stellung heran einen Gürtel von Kanonen aufpflanzte, um jeden, der sich naht, zu vernichten, oder wenn man ein lebendes Feuer anbrachte, das jeden löst, der in seinen Bereich käme (Wasserbombe).

Die Seeperrre ist rechtlich von der Blockade unterschieden; denn bei dieser wird ein rechtliches Verbot aufgestellt, daß niemand einbringen darf und daß der Einbringen durch Wegnahme von Schiff und Ladung gestraft wird. Das ist hier nicht der Fall; es wird hier keine rechtliche Bestimmung gegeben, sondern eine tatsächliche Sperre gelegt, so daß alles, was in die Sperre fällt, tatsächlich der Verhinderung anheimfällt.

Von einem Unrecht ist hier keine Rede; nicht von einem Unrecht gegenüber dem Feind, denn die Unschifflegung ist berechtigt; aber auch nicht von einem Unrecht gegen Dritte, denn es ist ihre Sache, das Seesgebiet zu vermeiden, daß sie mit Recht besetzt haben. Natürlich ist es unsere Pflicht gewesen, diese Seeperrre in geistlicher Weise bekannt zu machen; dies ist aber in mehr als hinreichender Weise geschehen, und kein feindliches und kein neutrales Schiff kann sich darauf berufen, daß ihm die Verhältnisse unbekannt geblieben seien.

Die Neutralen dürfen sich um so weniger darüber beklagen, wenn sie ihre Schiffe in die Sperre hineinwagten, so ist es nur das Streben nach Gewinn, nach Erlangung der hohen Frachtpreise und Warenpreise, das sie lockt; denn die Gewinne der Seefahrt werden sich nicht nur um das Drei- und Vierfache, sondern um das Zehnfache steigern. Wollen diese neutralen Reeder und Konstante Willkür werden, so ist das ihre Sache; wenn sie aber sich darüber beklagen, daß sie in dem Risiko untergegangen sind, in das sie sich selber willkürlich begaben, so ist diese Klage nicht nur zurückzuweisen, sondern sie ist im höchsten Grade zu verurteilen, und ein Vornach gegen uns fällt auf sie selbst zurück. Und wenn uns vorgebracht wird, daß ja auch viele Seeleute untergegangen sind, so haben sie sich eben selbst den Untergang zuzuschreiben; sie sind ja nicht etwa in der Verfolgung humaner Verhinderung untergegangen, sondern in den eigensüchtigen Streben nach Gewinn, in der Gier, die Kriegslage und die Not der Kriegspartei zu ihrer Bereicherung auszunutzen.

Man hat den Unterseebootkrieg vielfach auf Notwehr und Notstand gegründet und betont, daß wir ihn nur begonnen haben, weil man uns die Lebensmittel abzuwehren versuchte und wir uns dagegen wehren mußten; man hat ihn durch das Recht der Repressalien rechtfertigen wollen, die wir gegen unsere Feinde und diejenigen üben, welche unsere Feinde unterstützen; man hat das Recht der Blockade angerufen und erklärt, daß wir doch auch die Verurteilung hätten, eine Blockade zu legen. Dies alles sind an sich zureichende Betrachtungen, allein es bedarf ihrer nicht, da schon die obige Rede fertigend durchschlagend ist.

Wir brauchen auch nicht darauf Rücksicht zu nehmen, daß das Leben von Menschen dadurch gefährdet wird, denn das liegt in der Natur der Sperre und findet durch Minenlegung in gleicher Weise statt. Und wenn wir im einzelnen Falle Mittel anwenden, um die gefährdeten Menschenleben möglichst zu erhalten, so ist dies von unserer Seite eine Gültigkeit, nicht eine rechtliche Pflicht. Wir werden es natürlich tun, soweit es ohne Beeinträchtigung unserer Operationen möglich ist.

Schließlich brauchen wir uns auch nicht darauf zu berufen, daß die Handelschiffe demnach sein können und daß unsere Unterseeboote den Angriff dieser bewaffneten Schiffe zu gewärtigen hätten. Auch der strikte Nachweis, daß eine solche Bewaffnung nicht erfolgt ist, würde uns in keiner Weise in unseren Bestrebungen beeinträchtigen.

Die Anfeindung unseres Unterseebootkrieges von Seiten der Gegner ist nur das Zeichen ihrer Schwäche und eine Folge der Ohnmacht, ihm mit Erfolg zu begegnen. Er ist das sichere Mittel, das unsere Gegner auf die Knie bringt. Darum ist es eine richtige Politik, ihn ohne alle Bedenken mit steigender Energie fortzusetzen.

Aus dem Großherzogtum.

* **Eppeheim, 20. Juli.** Die katholische Kirchengemeinde feierte gestern das 25jährige Priesterjubiläum des Pfarrers Breinlin, der aus Weibingen, dem auch die hiesige Pfarrkirche zugehört, an der Feier beteiligten sich von der politischen Gemeinde der Bürgermeister und verschiedene Gemeinderäte, eine Vertretung der Lehrerschaft und auswärtige Bekannte des Jubilars. Er wurde bei der einblauen Feier durch Glückwunschsprachen, Vorträge von Kindern und Gedichten, sowie mit vielen Geschenken geehrt.

* **Heidelberg, 20. Juli.** Das „Kreuz in Eisen“, eine Stiftung des Herrn Staatsanwaltschöffenrates Dr. v. Braunhrens, ist außer Betrieb gesetzt, da die ganze Vorderseite jetzt benagelt ist. Die letzten 100 schwarzen Riegel für 100 Mark schickte Hrl. L. v. Gorette. Nach dem vollendeten Riegelpanzer, wurde das Kreuz in Eisen am 5. Juli zur dauernden Aufbewahrung der Stadt überwiesen. Das Kreuz hat mit einem Reinertrag von 28 498,40 Mk. abgeschlossen. — Bei der Weiblinger Wölfe (am 22. ds. Mts. des Kette) hat der Herr (Schlepper). Die Schiffsahrt ist dadurch gesichert. — Im Hause Hauptstraße 37 gerieten zwei taubstumme Schneidwerkstätten miteinander in Streit. Der eine beschuldigte seinen im Hause wohnenden Kollegen des Diebstahls, worauf ihn dieser aus seiner Wohnung wies. Aus Wut darüber versuchte man den Hinausgeworfenen, sich im Hausgang mittels eines Taschenspiessers den Hals zu durchschneiden. Er wurde in schwerer Verletzung, jedoch nicht lebensgefährlichen Zustande nach dem städtischen Krankenhaus verbracht.

* **Bräunlingen, Amt Donaueschingen, 21. Juli.** Zum dritten Male innerhalb 8 Tagen wurde unser Städtchen von einem Schandensfeuer betroffen. In der Nacht zum Freitag brach in dem städtischen Anwesen des Landwirts Konstantin Hornung aus bis jetzt noch nicht festgestellte Weise Feuer aus, das den Hof, einen der größten der ganzen Gegend, innerhalb 2 Stunden vollständig zerstörte. Der Gesamtschaden mit rund 37 000 Mk. ist um so empfindlicher, als der Besitzer nur ungenügend versichert ist.

Pfalz, Hessen und Umgebung.

* **Speyerheim, 20. Juli.** Als Sonntag morgen Herr Weigand, netter Hrg. Reil in Verhinderung unseres Bürgermeisters eine Zeitung nachgeben wollte, wurde er plötzlich von einem Schlaganfall getroffen, der nach kurzer Zeit zum Tode führte.

* **Frankfurt a. M., 20. Juli.** Am Vorabend seines goldenen Hochzeitstages verstarb hier im Alter von 70 Jahren der langjährige hiesige Stabsarzt Dr. Siebert. Der Verstorbene war eine der vornehmlichsten Persönlichkeiten Frankfurts und genoss in Kreisen den Ruf eines der besten Kenner des nationalen und internationalen Verkehrs. — Auf der Straßenbahnüberführung über die Frankfurt-Giesener Eisenbahn fand am Samstag Nachmittag ein Motorschlag statt, der dem Führer nicht mehr gehoben werden konnte, in voller Fahrt die Brücke hinab und rannte gegen ein Haus der Adelsheimer Landstraße. Durch den Aufprall wurde das Hauswerk eingedrückt. Der Motorschlag selbst wurde schwer beschädigt. Die Fahrgäste — etwa zehn — erlitten Verletzungen, die jedoch nicht erheblicher Natur sind. Der Sachschaden ist groß.

Kommunales.

* **Krefeld, 20. Juli.** Die Stadt hat im letzten Herbst und Winter zur Erhebung der Mischzins für 100 000 A. aufgenommen, die an die nach Krefeld Misch liegenden Grundstücke als Zuschüsse bei der Vergütung oder Vermehrung ihrer Grundbesitzverhältnisse verteilt worden sind. Dieser Aufwendung ist es zuzuschreiben, daß der in den rheinisch-westfälischen Städten eingetragene Mischzins der Mischzins im Herbst und Winter sich hier in Krefeld in Grenzen gehalten hat. Aus dem Grunde hat die Stadtverwaltung unterrichtet worden. Die Unterzinsungsumme verteilt sich auf 1018 Grundstücke, d. h. mehr als die Hälfte der etwa 2000 Stück betragenden Zahl der nach Krefeld Misch liegenden Grundstücke. Es wurde nun in der letzten Stadtsitzung beschlossen, die Mischzinsverteilung für den Herbst und Winter dieser Summe zu bemessen. In der Sitzung wurde beschlossen, die Zuschußgewährung erfolgt auf Grund von Verträgen, die mit den maßgebenden Grundbesitzern abgeschlossen worden sind. Die Bewilligung wurde indessen davon abhängig gemacht, daß die zuständigen Grundbesitzer auch dann leisten, wenn die Mischzinsverteilung nach Krefeld über das geschätzte Mindestmaß hinausgehen sollte und daß, wenn der Stadt Krefeld Misch zinsen anderer Art oder anderer Städte abgenommen werden muß, die Städte, zu deren Gunsten die Abnahme erfolgt ist, für verpflichtet erklärt werden, nach Maßgabe der ihnen überlassenen Mischzinsverteilung für die Krefelder Aufwendungen verhältnismäßigen Ersatz zu leisten.

Letzte Meldungen.

Die Durchbruchschlacht in Ostgalizien.

Wien, 20. Juli. (WTB. Reichsanstalt.) Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: Der Durchbruch bei Jozow war auf verhältnismäßig schmaler Front angelegt. Der Gegner war zweifelslos überrollt. Der Durchbruch gelang planmäßig. Er war das Musterbeispiel einer bis ins kleinste gehenden Einzelkoordinierung. Die Durchführungspläne von Zeitabschnitt zu Zeitabschnitt, wie sie in Aussicht genommen waren. Die Ziele des ersten Tages wurden weit aus überboten. Am zweiten Tage beherrschte die Angriffskolonnen bereits die Eisenbahn und die Straße Jozow-Tarnopol.

Wien, 20. Juli. (WTB. Reichsanstalt.) Der telegraphische Befehl aus Rautau brach jedoch schließlich den Widerstand des russischen Divisionskommandos, und wir wurden eingegeben. Durch Zusammenstoßen der Stämme des Gefängnisses in die kleineren Räume machte man einen Saal für uns frei und sperrte 108 Mann, deutsche Kriegsgefangene und russische Straflinge in buntem Gemisch hinein. Dort mußten wir es uns auf dem schmalen Fußboden bequem machen. Prüßchen oder andere Ausstattungsgegenstände gab es nicht.

Meine Kenntnis der Sprache und der russischen Zustände hatte mir von selbst eine Art Vorkursverstellung unter meinen Soldaten gegeben, und so kam es denn, daß einer meiner Gefährten an mich herantrat, ein Mann von etwa 64 Jahren, und mich bat, wenn es irgend eine, ihn bei einem der leidlich mit Wägenstücken versehenen Gefährten für kleine Handreichungen zu empfehlen, damit er als Gefangener in — oder Sträfling erwerben könne. In der Tat war der Mann überaus brav. Er war ohne Mühe und trug eine schmale Jacke über einem dünnen Leinwandhemd und ein ebenso schmales Beinkleid. In den bloßen Füßen hatte er Holzpanzertücher. Eine Kofatzenpatrouille hatte ihn in den ersten Augusttagen, als er — längst außerhalb des wehrfähigen Alters — seinen im Vorder Krefeld (in Österreich) gelegenen Vater mütter, aufgegriffen und trotz aller Verleumdungen nach Grodno gebracht. Dort war er zur Verhaftung im Stuppenwege bestimmt und ins Gefängnis gesetzt worden. Man hatte ihn weiter durch die Gefängnisse von Wilna, Smolensk und Moskau geschleppt und zur Verhaftung nach Tobolsk bestimmt.

Ich verlangte sofort unseren Transportführer zu sprechen und wies ihn auf die sinnlose Grausamkeit hin, einen nicht militärfähigen, alten, unschuldigen Mann in solchem Zugzuge, ohne Geld und ohne Kenntnis der Landessprache dem strengen sibirischen Winter entgegenzuführen. Ein Schicksal war die ganze Antwort des Beamten.

Es hielt natürlich nicht schwer, von einem besser ausgerüsteten Soldatenmenschen — auch ohne Dienstleistungen — für den oftprüfenden Verstand einen Paar warme Strümpfe zu erhalten. Eine sofort für ihn veranstaltete Sammlung brachte ihm weiter noch einige sehr erwünschte Kleidungsstücke und Gebrauchsgüter. Die Behörden glaubten sich jeder Verantwortung für diesen brutal verschleppten Mann entbunden, der sein Schicksal übrigens mit bewundernswürdiger Ruhe und Zuversicht ertrug. In der Wozlog trennten sich unsere Wege. Auch über sein weiteres Ergehen weiß ich nichts.

Ein Zug von 35 deutschen und österreichischen Zivilkriegsgefangenen bewegte sich vom Bahnhof Tscheljabinsk in das große

In allen Punkten, wo der Gegner sich zum Kampfe zu stellen vermochte, wurde in kurzer Zeit sein Widerstand gebrochen. Das nächste Ziel war die für den Gegner außerordentlich wichtige Eisenbahnlinie Brzegg-Tarnopol, die von den unaufhaltsam vordringenden und jeder Ermüdung Herr bleibenden Truppen auch tatsächlich am dritten Angriffstage erreicht wurde. Wenn man die heiße Jahreszeit, die schwierigen Begehrhältnisse und die Tatsache berücksichtigt, daß der Gegner einzelnen Angriffskolonnen noch sehr ernstlichen Widerstand entgegensetzt, kann man den Leistungen der Truppen nur volle und rückhaltlose Anerkennung zollen. Die Spuren des Feindes zeigen deutlich, daß sich die zerlegende Wirkung des mächtigen Stoßes von Tscheljabinsk zu Tarnopol vergrößerte. Man kann sich die Schwierigkeiten, unter denen die Kassen die Rückbewegung vornehmen mußten, am besten vergegenwärtigen, wenn man vor Augen behält, daß Teile des Feindes, die nicht über den Sereth nördlich von Tarnopol auszuweichen oder über Tarnopol nach Osten abzufluten vermochten, durch die Anlage der Operation gezwungen waren, auf der bisherigen Front gegen Westen nach Süden abzubauen, also senkrecht zu den bisherigen Verbindungen zurückzugehen. Ist schon für die Truppe ein solcher Frontwechsel, namentlich wenn er durch Kampf erzwungen wird, sehr schwierig, so ist er selbstverständlich für den gesamten Erhaltungsschiff, der an dem Ende der Truppen anbindet, unter Umständen vernichtend. Bismarck durch die Ereignisse die Moral der russischen Truppen erschüttert ist, läßt sich noch nicht klar überblicken.

Eine Reihe von Anzeichen sprechen jedoch dafür, daß unter der Erschütterung, die nach dem vorgeschilderten unermesslich war, die Auflösung von Verbänden, die nach verschiedenen Richtungen auseinandergebrängt wurden, auch die innere Widerstandskraft der Russen auf das gefährlichste berührt.

Ein Aufruf der provisorischen Regierung an die Operations-Armee.

Petersburg, 20. Juli. (WTB. Reichsanstalt.) Die provisorische Regierung hat an die Operationsarmee folgenden Aufruf gerichtet:

Der drei Wochen haben die Kräfte der Südwestfront auf Befehl des Kriegsministeriums und unter dem Befehl des Generalissimus mit einem mächtigen revolutionären Schwung die Offensive ergriffen. Mehr als 30 000 Gefangene, mehr als 90 Kanonen, mehr als 400 Maschinengewehre wurden von dieser Armee erbeutet. Die glorreiche Bezeichnung „Regiment der 18. Juli“ wird hinfort in den Annalen der Revolution bezeichnet sein. Diese Taten stellen über das eigene Leben die Sicherheit und das Bestehen eines freien Vaterlandes und das Wohl der russischen Revolution, die bedroht sind vor der Front von den Willkür ergebenden Japanneten und im Hinterland durch einen verräterischen Aufbruch. Der Aufruf im Innern wurde durch die Macht des Volkes zu Boden geschmettert, doch bedroht noch größere Gefahr die Revolution.

Nach Zusammenziehung seiner Kräfte ging der äußere Feind seinerseits zum Angriff über. Daß sein Plan, die Front zu durchbrechen gelang und gleichzeitig der Krieg im Hinterland losgebrochen ist, schließt alle diejenigen, für die Rußland und seine Freiheit nicht eitle Worte sind, noch mehr zusammen.

Truppen der revolutionären Armee! Eure Brüder, die mit roten Banner in den Kampf gezogen sind, rufen euch, sich ihnen anzuschließen, um gemeinsam für die Verteidigung der Freiheit zu kämpfen im Namen gerechter Bedingungen für einen dauerhaften Frieden. Nach dem Willen des revolutionären Volks und auf Befehl eurer militärischen Führer vorwärts die Reihen, ohne auf die Feiglinge und die Verräter vorwärts zu achten! Rettet die Freiheit! Rettet das Vaterland!

Die Ursachen der spanischen Unruhen.

20. Juli. (Von unserem Berliner Büro.) Der „Post.“ wird aus Madrid gemeldet: Die für den 19. Juli in Barcelona angelagten großen Unruhen scheinen ausgebrochen. Man kann also wohl annehmen, daß die Regierung der Bewegung einseitigen Herr geworden ist. Sie hat ihren Grund gehabt zum Teil in den bekannten catalanischen Sonderbestrebungen, zum Teil in einer Erregung, die Offizierskreise ergriffen hatte. Der Anlaß zu dieser Erregung gab die Besorgung beim Ananement, der sich im Gegensatz zu der Infanterie einige andere Truppengattungen erfreuten. Die Infanterieoffiziere haben darauf eine sogenannte Junta gebildet und gelobt, überhaupt kein Ananement außer der Reihe anzunehmen. Das alles hat dann die Situation der spanischen Regierung erschwert, wie sie es auch sonst gewiß nicht leicht hat. Von Norden drücken die Engländer und neuerdings auch durch die Amerikaner erschwert. Immerhin wäre es zu wünschen, daß die spanische Regierung den fortgesetzten Unruhen zum Trotz etwas weniger Nervosität zeigte, als sie neuerdings zu verzeihen beginnt. Spanien hat sich durch seine mutige Haltung und durch seine selbstbewusste Neutralität in diesem Kriege viel Kredit erworben. Es wäre bedauerlich, wenn es 1917 fiele.

Strom im Kriegszustand mit den Mittelmächten.

Bangkok, 22. Juli. (Priv.-Tel.) Reuter-Nachung. Siam erklärte, daß der Kriegszustand mit Deutschland und

Verständigungsgefangenen. In Tscheljabinsk vereinigen sich die von Petersburg und Moskau nach Osten führenden Schienenwege zur großen sibirischen Bahn. Dies sollte die letzte Etappenstation auf dem Wege nach dem uns zugehenden Verbannungsorte sein. Nach der bei jeder Einlieferung in ein Gefängnis und bei jeder Uebergabe auf eine neue Regimentskommandantur erfolgenden sorgfältigen Untersuchung auf Geld oder verbotene Gegenstände wurden wir in einen ziemlich großen Raum geführt, wo ein buntes Gemisch aller möglicher Sträflinge vermischt war. Mit einem gewissen Selbstbewußtsein stellte sich ein einer als rückfälliger Einbrecher, ein anderer als Richter vor uns. Eine Gruppe solcher verwegener Burken hatte augenscheinlich die größte Lust, mit uns anzuhängen und benahm sich (auch) und herausfordernd. Es folgten gegenüber einigen Sträflingen unter uns, die sich die kleinen Stiche der Halgenbrüder nicht gefallen lassen wollten, viel Mühe und Ueberredungskunst der Befehlshaber, um sie in der für uns alle unbedingt notwendigen Ruhe zu halten.

In der Ecke des Raumes sah ich einen jungen Burken von etwa 15 Jahren, der dem Gebahren der Mitgefangenen mit großen Augen zusah. Ich war neugierig, was der kleine, harmlose und furchtlos ansehende Kerl bezogen haben mochte, trat auf ihn zu und fragte ihn aus. Er erzählte: Er komme aus einem Dorfe des Tschernigowschen Gouvernements (Westsibirien). Vor Jahren sei sein Vater auf Zureden der Behörden nach Sibirien ausgewandert, um sich dort als Kolonist anzusiedeln; ihn habe man im Heimatdorf bei seiner Großmutter gelassen. Er habe aber Sehnsucht nach seinem Vater bekommen und sich an den Ortsvorsteher gewandt, um zu seinem Vater gebracht zu werden. Da seine Angehörigen mittelloses waren, habe die Gouvernementsregierung die Erlaubnis erteilt, daß er auf Staatskosten transportiert werde. In Rußland gibt es nur eine Art der Raubilden Ueberführung: die durch Gefangenenequipen. Ich konnte nicht glauben, daß man ihn wie einen Verbrecher oder auch wie einen erwachsenen Kriegsgefangenen mit Sträflingen zusammen brachte reisen und in Gefängnissen auf den nächsten Etappenanstalt habe warten lassen. Aber es war doch so: Ich über zwei Monaten war der Junge unterwegs, hatte auf der Bahnfahrt und in sieben Gefängnissen in allerley Gesellschaft von Dieben, Räubern, Schöbern und anderen Gekerkelten sein Vaterland durchquert und schiedete der Regierung des Väterchen Jar am Ende noch Dank für die „kostenfreie Reise“.

So sieht die Kultur aus, für die unsere Feinde zu kämpfen vorgaben, als sie sich mit dem weißen Jaren gegen uns verbündeten. Diese Kultur zu haben, lassen dem freien Rußland seine Fremde keine Zeit, es soll weiter bluten für die gemeinsame Sache — Englands.

Oesterreich-Ungarn besteht. Alle Deutschen und Oesterreicher wurden verschleppt und die Handelschiffe geküsst. Kein Dampfer mit einem Tonnengehalt von 18 065 Bruttoregistertonnen wurden beschlagnahmt.

(Zusatz: Den hiesigen amtlichen Stellen liegt eine Bestätigung der Nachricht vor, bekannt ist allerdings, daß besonders England und Frankreich seit langem mit allen Mitteln auf Siam drücken, um es zum Bruch zu bewegen. Immerhin sei die Reuter-Nachung mit Vorsicht aufzunehmen, insbesondere auch hinsichtlich der sensationell aufgemachten Einzelheiten über das angebliche Vorgehen Siams gegen deutsche und österreichische Staatsangehörige und deren Eigentum.)

Amsterdam, 20. Juli. (WTB. Reichsanstalt.) Dem „Algemeen Handelsblad“ wird aus Kiew telegraphisch, daß der deutsche Dampfer „Korderner“ heute vormittag in der Nähe der Neordorbas-Gründe zwei Meilen von der Küste von einem wahrscheinlich englischen U-Boot torpediert wurde. Das Schiff treibt noch. Man wird versuchen, es nach Kiew abzuholen. Ein Heizer wurde getötet.

20. Juli. (Von unserem Berliner Büro.) Nach der Reuter-Nachricht telegraphisch der Corriere della Sera aus Rom: Präsident Wilson hat die Einladung zur Teilnahme an der Berliner Konferenz gestern abgelehnt, weil die Union mit Oesterreich und Bulgarien noch nicht im Kriege ist und er vermeiden will, in die heisse Balkanangelegenheit, welche auf der Konferenz behandelt werden soll, sich zu mischen. Wie der Corriere della Sera weiter erzählt, wird die Beroberungstagung in Paris sich auch eingehend mit der neuen Krise in Rußland sowie mit den neuesten amtlichen Aussagen der Mittelmächte befassen.

20. Juli. (Von unserem Berliner Büro.) Die „B. Z.“ meldet: Der Rektor und Senat der Technischen Hochschule zu Charlottenburg haben gestern durch einstimmigen Beschluß dem Staatsminister und Minister der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten Dr. von Trost zu Holz in Berlin in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste um die Förderung der Technischen Hochschulen Preußens die Würde eines Dr. ing. ehrenhalber verliehen.

Handel und Industrie.

Preisangabe für Wertpapiere.

Berlin, 20. Juli. Der Stellvertreter des Reichskanzlers hat, wie nunmehr bekannt wird, am 7. d. M. eine Bekanntmachung erlassen, die eine Ausnahmebestimmung von dem Verbot von Mitteilungen über Wertpapierkurse gestattet, wenn sie zwischen im Inland ansässigen Personen oder Firmen erfolgen, die gewerbmäßig Bankgeschäfte betreiben.

Ueberpreise im Schmalwarenhandel.

Eine Bundesratsverordnung vom 12. Juli verfügt eine Abänderung der Verordnung über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Schmalwaren vom 28. September 1910, § 6 Abs. 2 dieser Verordnung lautet nunmehr: „Das Schiedsgericht prüft auch auf Antrag der zuständigen Stellen die Preise nach und bestimmt die nach § 1 in Verbindung mit den von der Gutachterkommission für Schmalwarenpreise ausgestellten Richtlinien angemessenen Preise. Ergibt sich hierbei, daß angerechnete oder von einem Händler gezahlte Preise höher sind als die angemessenen, so hat das Schiedsgericht zugunsten des Reiches die erzielten Ueberpreise einzuziehen.“ Durch diese neue Fassung wird erreicht, daß nicht nur, wie bisher, im Falle einer zu hohen Preisangabe von dem zur Anrechnung Verpflichteten, der in der Regel der Hersteller ist, das über die angemessenen Preise hinausgehende (die Ueberpreise) zugunsten des Reiches eingezogen werden kann, sondern daß diese Einziehung auch ausgesprochen werden kann, wenn Schmalwaren ohne Auszeichnung oder trotz angemessener Auszeichnung zu überhöhten Preisen an Händler verkauft worden sind und daß sowohl in diesen Fällen als auch im Falle einer zu hohen Preisangabe auch Händler, die nicht zur Preisangabe verpflichtet waren, auf Herausgabe der erzielten Ueberpreise zugunsten des Reiches verurteilt werden können. Gleichzeitig ist die Einschränkung der Ueberpreisangabe auf Verkäufe der letzten drei Monate und der gleichen Art von Schmalwaren, für die vom Schiedsgericht auf Antrag die Preise festgesetzt worden sind, entfallen.

Nürnberger Hopfenmarkt.

R. In der letzten Woche, die wieder etwas lebhaftere Kaufkraft aufwies, die zu einem ständigen Durchschnittssatz von 35 Ballen bei 25 Ballen Bahnabladungen führte, kamen zum ersten Male Altmärker Hopfen und zwar schwachmittlerer Qualität zu 5 M. zum Verkauf. Die Umsätze vollzogen sich in der Berichtwoche für Rechnung weniger Einzelhändler und erstreckten sich auf Hallertauer, Württemberger und Elsäßer Hopfen, die im Preisrahmen von 60—95 M. den Markt verließen. Am besten schnitten im Preis Württemberger und Hallertauer Hopfen ab. Die Kriegsverhältnisse werden in allerhöchster Zeit auf den Nürnberger Hopfenmarkt weitere einschneidende Wirkung ausüben. Von dem mehreren hundert Hopfenhändlern, die an ihm ihr Geschäft ausüben, und das Kriegsamt dem Vernehmen nach im Verfolg der Zusammenlegung der Betriebe vom Beginn der neuen Saison ab nur noch 35 ihr Geschäft ausüben lassen. Durch die zu erwartenden Maßnahmen des bayerischen Staats zugunsten der Hopfenproduzenten werden die Preise in der kommenden Saison, wo Teilhaber Hopfen bereits am 1. August gepflückt werden, eine Regulierung erfahren, die ein weiteres Hinunterfallen der bayerischen Hopfen unter die Herstellungskosten verhindern soll. Die Produzenten sollen ihre Hopfen mit staatlichen Geldern beheimatet bzw. konserviert erhalten, bis sie während oder bestimmt nach dem Krieg bessere Preise dafür erzielen.

Wiener Wertpapierbörse.

Wien, 20. Juli. (WTB.) Die großen Erfolge der verbündeten Truppen in Ostgalizien haben im Verein mit den günstigen Ernteberichten und den hochgehenden Schätzungen des Anfalls der Halbjahresabschlüsse der Banken den freien Börsenverkehr mit Beginn der neuen Woche eine kräftige Anregung gegeben und die Stimmung zu einer überaus festen gestaltet. Sprunghafte Steigerungen erzielten die meisten Bankpapiere, sämtliche Kohlenwerte und Kohlenbahnaktien, einzelne Eisenwerte sowie Petroleum, Zucker, Spiritus, Email, Glas, Motoren- und türkische Tabaksaktien. Wesentlich ruhiger im Verkehr war der Schiffahrtsaktienmarkt, bei geheimer aber vorwiegend schwächerer Haltung. Der Anlagemarkt lag still.

Schifferbörse zu Duisburg-Ruhrort.

Duisburg-Ruhrort, 20. Juli. (Amtliche Notierungen.) Bergfahrt. Frachtsätze von den Rhein-Ruhrhäfen nach Mainz-Gustavsburg 2.50, nach Mannheim 2.50; Schleppschiffe von den Rhein-Ruhrhäfen nach Mainz-Gustavsburg 1.80—2, nach Mannheim 2—2.20. Frachtsätze für Kohlenladungen (für die Tonne zu 1000 kg). 100 fl 284 M.

Wasserstandsbeobachtungen im Monat Juli.

Population vom Rhein	Datum					Bemerkungen
	18.	20.	21.	22.	23.	
Hülseger)	2.32	2.43	2.43	2.43	2.35	Abends 5 Uhr
Kehl	3.35	3.28	3.21	3.15	3.10	Nachts. 2 Uhr
Maxau	3.12	3.08	3.09	3.01	2.94	Nachts. 2 Uhr
Neuenheim	4.31	4.24	4.15	4.06	4.00	Nachts. 7 Uhr
Wald	1.47	1.50	1.47	1.43	1.37	Vorm. 12 Uhr
Kahl	2.65	2.69	2.69	2.64	2.61	Vorm. 2 Uhr
Klein	2.47	2.39	2.39	2.34	2.29	Nachts. 8 Uhr
vom Neckar:						
Mannheim	4.14	4.15	4.09	—	3.91	Vorm. 7 Uhr
Heilbronn	4.18	4.30	—	—	—	Vorm. 7 Uhr

Seiter 4. 10.

St. 380. S. Coll.

Miet-Gesuche.
Eine größere Familie
sucht in Braunschweig
Niedervorstadt 4001
ein Häuschen
von 4 bis 5 Zimmern u.
Mitteln oder auch später
zu kaufen. 4001
Angebote mit. A. G.
an die Geschäftsstelle.
Nöbl. separiertes Zimme-
partie oder 1 Zimme-
loch, ohne Frühstück u. W.
Bismarckstr. 4001

Derr Inuit 8100
Zimmer
 Scherlit, Penf. Angebot
 n. A. Q. 16 a. d. Gehl.
 Eine alte Dame such
 in einer besseren Froer
 Familie 407 4
 zwei möblierte oder

u. möbl. Zimmer
mit voller Pension.
Angebote unter A. A.
an die Geschäftsstelle.
2 Stille kinderlose Rent
suchen 2-3 Zimmer an
Küche im Vorderhaus
Preis 40-50 RM. Aug.
A. Q. 14 a. B. Geschäftsst. 4122
Gr. leeres Zimmer
mögl. mit Alkov. u. Küche
m. Bad. 1. u. 2. Etage

4-Zimmerwohnung
mit Küche, Bad, Wanz.
elektr. Licht, Park., Kine-
diele, Schwelgermöb. oder
Neu-Ebener. Angeb. m.
Stellm. nach Wunsch u. A. B.

Möbl. 2 Zimmerwohn
mit Bad, ex. Küche, elektr.
Nicht in neuem Hause an
1. Augustum verm. Zu erfr.
64 4. 8, 1 Tr. 37716

Selber Stamm im Walden
auch Hinterhand nebst 2-
Zimmer-Wohnung in Gies-
a. elette. Licht auf 1. Sept.
oder 1. Okt. zu mieten gel-
tend. m. Preis u. Z. W. 90
an die Reichhalter. 4082

Unterricht

Frantzische Stunden

W. H. Gander
Schönschreib-
u. Handelskurse
für alle Berufs- u. A. H. Schichten.
Lehrplan gratis.
Gehr. Gander
C. L. S.

Vermischtes.
D 7, 24

Hotel Harrachhaus n. H. H. H.
Sagayine per sofort zu
vermieten. 007
Näh. bei G. Hefenbcker
Kaiserinn 3.

2 Zimmer
für Bürozwecke zu ver-
mieten. 004
Häckerstr. 6, 3. L. E.
Büro Pr. G. Haas'che
Bauwerkerei
Abteilung Tiefbau.

2 Eutaraume
mit Keller u. verm. 2900
U. 14. Acumt. 2997.

4 Eekladen
mit anst. Wohnung per
U. 11. an verm. 3604a
Naheres W. 3. 3. Soden.

13, 3 1 Vaden u. Sob-
nung u. 3 Jim-
mer u. Küche u. v. 4125

7, 32 große heile

Magazin
Großer Lagerkeller und
Kontor zu vermieten.
Großer Hof mit Tor-
einfahrt vorhanden. Näh.
H 7, 28. 4084

